

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Portugal beim heiklen Punkt

In Portugal hat eine entscheidende innenpolitische Machtprobe begonnen. Es geht darum, die Landreform aus der eingespielten kommunistischen Manipulation wieder herauszunehmen. Dieses Unterfangen verteidigt zwar die Rechtsstaatlichkeit, greift aber ein «Gewohnheitsrecht» an, nämlich die Usurpation sozialer Massnahmen durch die KP.

Soares hat angekündigt, dass alle gesetzwidrig besetzten landwirtschaftlichen Güter den rechtmässigen Eigentümern zurückerstattet würden, übrigens unter Ausrichtung von Entschädigungen für die Zeit der illegalen Enteignung.

Mit diesem Vorgehen entspricht die erste gewählte Regierung Portugals den Forderungen ihrer Kritiker aus der Volksdemokratischen Partei (PPD) und dem Demokratisch-Sozialen Zentrum (CDS). Von dorthier hatte man den Vorwurf vernommen, die Regierung taue nur zu «grossen Worten», sei aber handlungsunfähig, wenn es darauf ankomme.

Aber kritisch wird es für Soares an der andern Front. Die sozialistische Regierung holt — in abgesprochener Eintracht mit den Militärs um Präsident Ramalho Eanes — mit ihrem Rückerstattungsprogramm zum Schlag gegen die PKP aus. Und erst der Ausgang dieser Machtprobe wird zeigen, ob die portugiesischen Kommunisten wirklich «dem Misthaufen der Landesgeschichte angehören», wie man das von sozialistischer Seite nach den Wahlen hatte hören können. Ein Sieg in freien Wahlen ist viel, aber gegen totalitäre Kräfte, für welche die «arithmetische Mehrheit» nicht massgeblich ist (Cunhal), muss er immer noch verteidigt werden.

Schon bald nach dem Sturz des Caetano-Regimes durch Spínola im April 1974 hatten die Kommunisten ihr Augenmerk speziell auf die Landreform gerichtet, ihrem Lieblingskind, für das sie alle elterlichen Rechte allein beanspruchten.

Unter den Uebergangsregierungen des prokommunistischen Ministerpräsidenten Vasco Gonçalves hatte man alle Veränderungen der Agrarstrukturen den KP-Emissären überlassen, die zudem die Landarbeitergewerkschaft vollkommen beherrschten.

Das hatte zu einem *Fait accompli* im Alentejo geführt, dem ehemaligen Gebiet des Grossgrundbesitzes im Süden des Landes. In den «wildten Monaten der portugiesischen Revolution» ermunterte die KP die Landarbeiter zur Besetzung auch jener Güter, die gar nicht die erforderliche Grösse hatten, um gemäss Agrarreformgesetz überhaupt enteignet werden zu können. Insgesamt sind 101 Güter durch illegale Besitznahme «enteignet» worden. Uebrigens hätten laut Gesetz sogar die rechtmässig enteigneten Grossgrundbesitzer für ihre Existenzgrundlage ein kleines Stück Boden behalten dürfen.

Aber gesetzliche Bestimmungen waren nicht das, was die Besetzer hätte aufhalten können. Die von der KP-Propaganda landesweit propagierte «Legitimität» hatte den Vorrang vor der Legalität. Und die damals tonangebenden Militärs unterstützten alle diese Aktionen. Die Revolu-

tion, sagten sie, habe Gesetze nicht zu achten, sondern zu machen.

Nunmehr will aber Soares den Gesetzen die seinerzeit versäumte Nachachtung verschaffen. Seine Begründung ist allerdings nicht so sehr juristisch als ökonomisch. Denn die von der alten Ausbeutung befreiten Güter haben unter den neuen Kooperativen nicht besser, sondern schlechter gewirtschaftet als zuvor.

In seiner Rede an die Nation vom 9. September sagte Soares:

«Als der 25. April 1974 die Verwirklichung der Agrarreform ermöglichte, reichten die bestehenden wirtschaftlichen und technischen Grundlagen aus, die Voraussetzungen zu einem Erfolg zu schaffen. Heute müssen wir jedoch zugeben, dass der Erfolg ausgeblieben ist. Und was noch wichtiger ist: Falls an der Praxis der Reform nicht rasche Korrekturen angebracht werden, (...) wird der Erfolg überhaupt nie zustande kommen. Alentejo steuert dann dem wirtschaftlichen Ruin zu. (...) Die Regierung wird nicht zulassen, dass die künftige Agrarproduktion, das Wohlergehen und die Sicherheit von Millionen

Männer und Frauen gefährdet werden, allein aus Gründen politischer Opportunität und aus Rücksicht auf die Vorurteile allgemein bekannter politischer Sektoren.»

Somit ist die Machtprobe angesagt. Bis zum 25. Oktober sollen die illegal besetzten Güter «freigemacht werden». Mit der Aufgabe betraut sind Kommissionen aus Zivilisten und Militärs, denen der Schutz der Armee zugesichert ist. Man hält ihn anscheinend für nötig. Es gibt unter den Landarbeitern eine militante Minderheit, die ausgezeichnet bewaffnet ist.

*

Die Regierungsaktion verfolgt wahrscheinlich ausserdem den Zweck, dass die Wahlberechtigten im Alentejo im kommenden Dezember ungehindert ihre Gemeindebehörden wählen können. Denn dort waren die bisherigen Wahlen (Verfassungsgebende Versammlung, Parlament, Präsident) alles andere als frei. Vor allem die Landarbeiter standen unter dem Druck ihrer (kommunistischen) Gewerkschaft. Wer nicht PKP wählte, riskierte seinen Arbeitsplatz. *gn*

Atomkraftwerkgegner sind Kapitalistenknechte

Was man sich bis jetzt in unserer Oeffentlichkeit noch zu wenig bewusst gemacht hat: Wer im Westen dem Bau von Atomkraftwerken opponiert, der ist ein Werkzeug der kapitalistischen Monopole, die um ihr Oelgeschäft zittern.

Diese Erkenntnis ist von qualifizierter Seite ausgesprochen worden. A. Alexandrow, Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, hat in einem «Iswestija»-Beitrag (4. 5. 1976) den dringlichen Ausbau von Kernkraftwerken gefordert und bei der Gelegenheit darauf hingewiesen, dass sie für die Bevölkerung keine Gefahr darstellen. Nun treffe es zu, dass man im Westen mit allerhand falschen Argumenten gegen die Kernkraftwerke opponiere, aber... Nun, ja: Wer macht denn schliesslich in den kapitalistischen Ländern mit ihren durch systematische Desinformation entmachteten Völkern die öffentliche Meinung, wer? Doch wohl die Finanzoligarchie, oder? (Wofür im Westen ja Bestätigungen vorliegen; siehe Seite 2.) Na, also.

Womit Alexandrow in Würdigung der Kausalzusammenhänge notgedrungen recht haben muss, wenn er ausführt:

«In jüngster Zeit ruft die Entwicklung der Kernenergiewirtschaft heftige Diskussionen in verschiedenen kapitalistischen Staaten hervor, namentlich in den USA. Man operiert mit der Gefährlichkeit der Umweltverschmutzung durch radioaktive Produkte. (...) In Kernreaktoren sind die Spaltstoffe und Spaltprodukte in Sicherheitsbehälter eingeschlossen. Eine Zerstörung der Umhüllung geschieht selten; radioaktive Spaltprodukte gelangen dann in den Kühlkreislauf. Dieser aber verfügt über ein selbst regenerierendes System, so dass eine solche Zerstörung keine gefährlichen Folgen hat. (...) Deshalb ist es nicht die Gefahr der radioaktiven Verseuchung durch Kernkraftwerke, die den Widerstand der

kapitalistischen Länder gegen diese Form der Energieproduktion verursacht, sondern das konjunkturelle Denken. Die Errichtung von Kernkraftwerken schmälert die Profite der Erdölmonopole.»

Na, ihr Lohnschreiber der Finanzoligarchie, die ihr eure Hetze gegen Kernkraftwerke unter dem Deckmantel von Umweltschutz und Bevölkerungsschutz treibt, hat man euch doch endlich entlarvt? Aber was nützt's? Diese Söldlinge des Kapitals werden ihre Rolle ja niemals zugeben. *cb*

FACETTEN zum Alltag drüben

In Polen klappt die Versorgung der Bevölkerung mit Frischgemüse schlecht, und das führt zu Preiserhöhungen, die zwar nicht statthaft sind, aber trotzdem stattfinden.

«Engpässe» hatte die polnische Presse den Sommer über verschiedentlich beklagt und auf den Herbst vertröstet. Nun ist er da, und zum umständlichen Kampf der verwalteten Gesellschaft gegen die Knappheit kommt der leidige Kampf gegen die Profiteure. Von denen man im Westen meint, sie würden durch das kapitalistische System bedingt.

«Es steht nicht allzu gut auf dem grünen Markt.» Unter dieser Ueberschrift fasst der «Express Wieczorny» (Warschau, 15. 9. 1976) die Ergebnisse einer Ueberprüfung zusammen, die «vom Ministerium für Binnenhandel und Dienstleistungen angeordnet und vom Staatlichen Handelsinspektorat in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Preiskommission» in 15 grossen Agglomerationen durchgeführt worden ist. Der Apparat, von der Bevölkerung bezahlt, wäre gross genug. Wenigstens bescheinigt er als Resultat seiner Bemühungen den Hausfrauen, dass sie es auf ihrer

Dubcek und Husak

Von unserem Mitarbeiter Michael Stepanek (Michael Stemmer) erscheint im Dezember ein Buch über die Hintergründe, zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968: «Der wahre Dubcek; Woran der Prager Frühling scheiterte», Verlag Ellenberg, Köln.

Dr. Stepanek hatte im Zweiten Weltkrieg in der tschechoslowakischen Legion unter General Ludvik Svoboda in der UdSSR gekämpft, wo er die Nachrichtenabteilung der militärischen Massenmedien der CSR-Truppen leitete. Nach Kriegsende kam er als Presseoffizier ins Verteidigungsministerium, wo er bis nach der Invasion von 1968 im Range eines Oberst als Verantwortlicher für die Militärpresse tätig war. Er erlebte seinen ehemaligen Kommandanten Svoboda zunächst als Verteidigungsminister und nach einem langen Unterbruch zuletzt als Staatspräsidenten.

Stepanek gehörte zu den engsten Vertrauten von Svoboda, aber seine permanente Stellung im Staatsapparat zwischen 1945 und 1968 verschaffte ihm auch sonst laufende Einblicke in das zentrale Geschehen. So stammt die Dokumentation über die Ereignisse, die zum Sturz von Dubcek führten, von einem wichtigen Augenzeugen. Stepanek ist es gelungen, sein umfangreiches persönliches Archiv in die Emigration mitzunehmen, so dass er aus ersten Quellen über die dramatischen Ereignisse jener Tage mit ihren politischen und personellen Hintergründen berichten kann.

Ein besonders eifriger Förderer des «Prager Frühlings» war Gustav Husak gewesen, der sich allerdings heute so ungerne an diesen Teil seiner Vergangenheit erinnern lassen will wie an seine Kollaborationstätigkeit zur Zeit des faschistischen Tiso-Regimes während des Krieges. Stepanek beschreibt, wie zwischen Dubcek und Husak keineswegs die Einmütigkeit bestand, die man zwischen den beiden Reformern von damals hätte vermuten können:

Damals (im Frühjahr 1968) verband sich Dr. Husak mit den führenden Reformern des «Prager Frühlings», insbesondere mit Smrkovsky. Zusam-

men mit ihm trat er bei Massenkundgebungen auf. Es stimmt, dass Husak seine Rückkehr auf die politische Szene und in die Führung der Partei gegen den Willen Dubceks durchzusetzen verstand. Husak tat auch alles um (den Stalinisten) Vasil Bilak zu stürzen, den Dubcek während des «Prager Frühlings» zum Ersten Sekretär der slowakischen KP ernannt hatte, damit Husak diese Schlüsselposition nicht erhalte. Während des «Prager Frühlings» gelang es Husak, mit der tatkräftigen Hilfe progressiver Dubcek-Reformer, die in Husak einen unversöhnlichen Feind Novotny sahen — und dies mit Recht — und sich darum eher für Husak als für Bilak aussprachen, nicht nur den Sturz Bilaks noch vor Beginn des Parteikongresses in der Slowakei vorzubereiten, sondern auch die Massnahmen Dubceks noch vor der Invasion vom 21. August 1968 billigen zu lassen. ■

Liebende Eltern lehren den Hass

Die in Ostberlin erscheinende Zeitschrift «Elternhaus und Schule» hat an die Eltern in der DDR appelliert, «noch wirksamer» die Möglichkeiten der Familie für die kommunistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu nutzen.

Die Erziehung in der Familie sei «durch nichts zu ersetzen», sie werde immer wichtiger. Der Zeitschrift zufolge sollen die Eltern überlegen, wie sie die Interessen der Kinder «für politische Fragen fördern, ihren Klassenstandpunkt und ihre Grundüberzeugungen festigen und sie zu gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten anregen können». Bedeutsam sei dabei das eigene Verhalten und wie sie es verstünden, den Kindern «revolutionäre Vorbilder nahezubringen».

«Noch bewusster» sollen die Eltern in der DDR laut «Elternhaus und Schule» dafür sorgen, dass die Kinder frühzeitig «eine vernünftige Einstellung zur Arbeit» gewinnen. Ausserdem sollen die Eltern die Erziehung der Kinder «zur Liebe und Treue zum Vaterland, zum Hass gegen die Feinde des Volkes» unterstützen. ■

Suche nach Obst und Gemüse tatsächlich nicht leicht haben.

Die Kontrolle führte als erstes zur Aufdeckung zahlreicher Fälle illegalen Handels: Unbefugte

Personen verkauften Kartoffeln, Gurken, Tomaten und Aepfel. Zu überhöhten Preisen. Sie lagen in den Städten Kattowitz, Stettin und Danzig für ein Kilo Tomaten um 4 bis 30 Zloty über den offiziellen Preisen. Ein Facharbeiter verdient im Monat an die 3000 Zloty. Der Zloty hat eine Kaufkraft von etwa 20 Rappen.

Das insgesamt geringe Warenangebot (je nach Städten war bald dieses, bald jenes Gemüse schwer aufzutreiben) bewirkte Preiserhöhungen von 15 bis 25 Prozent «und darüber».

Selbst im «vergesellschafteten Handel» wurde die Lage zu Preiserhöhungen missbraucht. Das ist schon deshalb besonders ärgerlich, weil dort Obst und Gemüse viel weniger frisch sind. Die Qualität lohnt normalerweise nicht einmal den normalen Preis, geschweige denn den Ueberpreis.

Die Remedur wäre eine Verbesserung des Angebots. Inzwischen fordert der «Express» die staatlichen Handels- und Steuerbehörden auf, die Kontrollen auf dem grünen Markt zu intensivieren und so «den Preiserhöhungen und der Spekulation während der vorübergehenden Mangellage entgegenzuwirken». V. P. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.203, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.– jährlich (Ausland Fr. 37.–, DM 34.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 23.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 18.– (Ausland Fr. 20.–, DM 18.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)

Im Norden und im Süden

Die Halbinsel Kola, zwischen Weissem Meer und Barentsee (Haupthafen Murmansk) ist zu einem riesigen sowjetischen Waffenlager geworden. Dort liegen 50 U-Boote mit Atomraketen, rund 70 Prozent der strategischen U-Bootflotte der UdSSR. Weitere 400 Kriegsschiffe umfassen Kreuzer und Zerstörer mit insgesamt 10 000 Mann Besatzung. Ferner sind dort zwei Batterien Mittelstreckenraketen stationiert, zwei mechanisierte Schützendivisionen und eine Brigade Marineinfanterie.

Im Nordmeer operieren neuerdings 500 sowjetische Kriegsschiffe, davon 200 Unterseeboote, die Hälfte mit Nuklearantrieb; daneben 225 Aufklärungsflugzeuge, 300 Jagdbomber, zwei Infanteriedivisionen und eine Division Luftlandtruppen. Die Norweger, die für diesen Nato-Abschnitt verantwortlich sind, können dieser Konzentration nur zwei Fregatten, zehn Kanonenboote, 15 U-Boote und etwa 40 Düsenjäger entgegenstellen.

Gleichzeitig sind die Sowjets bestrebt, die strategische «Infrastruktur», also in erster Linie die militärischen Verbindungslinien im Nordwesten ihres Territoriums auszubauen. So berichtet das Organ der maoistischen Kommunistischen Partei Finnlands, «Oktober», dass die Sowjets an der Erweiterung des Kanals arbeiten, der die Ostsee mit dem Weissen Meer — also den Gewässern um Archangelsk — verbindet. Auf diesem Weg könnten weitere Kriegsschiffe kurzfristig, zumindest ausserhalb der Wintermonate, ins Nordmeer entsendet werden.

Aber nicht nur die arktischen Gewässer stehen im Vordergrund des Interesses der sowjetischen Militärs. In den letzten Monaten wurde eine gesteigerte Aktivität der sowjetischen Flotte im äussersten Süden, in der Region der Antarktis registriert. Die Sowjets errichteten auf dem antarktischen Kontinent fünf grosse Stützpunkte. Sieben weitere «Forschungsstationen» sind im Nordteil des sogenannten Filchnersees in der Weddellsee geplant. ■

«In einem sozialistischen Gesellschaftssystem ist es unzulässig, dass eine Inflation die Werktätigen benachteiligt. Die Verbraucherpreise dürfen nicht den Preisschwankungen von Konjunktur oder Inflation auf dem Weltmarkt unterworfen sein. Partei- und Staatsführung sind auch unter

Zitiert...

den zweifellos ungünstigen weltwirtschaftlichen Umständen nicht gewillt, auf eine weitere Verbesserung der Versorgung und des Lebensniveaus der Bevölkerung zu verzichten. Der Schlüssel dazu ist das stabile Preissystem.»

«Budapress», Budapest, 7. 8. 1975

«Ludas Matyi», Budapest

... wird man wohl dürfen

Ungarische Karikaturen haben sich dieses Jahr einige Male dadurch ausgezeichnet, dass sie Kritik nicht nur im behördlichen Sinn übten. Mutige Zeichnungen zum Thema «Mut» aus «Kritika» und «Ludas Matyi» hatten wir in ZB, Nr. 15/1976, reproduziert. Aus dem Budapester Frühling

von LM (13.5.1976) haben wir für den Herbst noch einen Strauss konserviert, der in frechen Farben strahlt.

Nicht allzu schlimm nimmt sich dabei der Witz über die Betriebsdemokratie (rechts oben) aus. Es braucht ja nicht der Normalfall gemeint zu sein, sondern vielleicht eher die Entgleisung, die dem üblichen innerbetrieblichen Verkehr widerspricht. Auf jeden Fall hat man mit dieser unschuldigen Auslegung ein systemkonformes Alibi, auch wenn die Sache nicht so gemeint ist.

Aber die Auswahl unten hat einen Adressaten, den man normalerweise lieber nicht anrempelt (was die Karikaturisten denn auch kund tun). Dem Innenministerium unterstehen Polizei und Sicherheitsdienst. Und die ominöse Frage, wieviel man für eine Karikatur kriegen kann, zählte man bis anhin zu den Flüsterwitzen.



Betriebsdemokratie: «Wir schreiten zur Abstimmung. Befürworter und Gegner meines Antrags erheben jetzt die Hand zum Zeichen der Annahme.»

«Haben Sie Fragen an den Innenminister?»



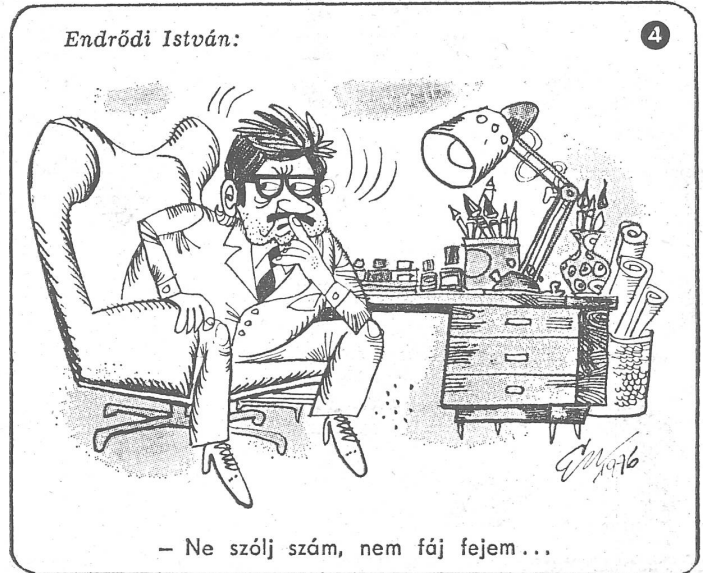
– A Ludas Matyi 200 forintot ad egy rajzért. Ön-nél mennyit lehet kapni egy rendőrviccért?



– Miért a disszidensek rokonait büntetik?



– Miért nevezik ezt nálunk titkosnak?



– Ne szólj szám, nem fáj fejem...

- 1 «Ludas-Matyi» zahlt 200 Forint für eine Zeichnung. Was kriegt man bei Ihnen für eine Karikatur über die Polizei?
- 2 Warum nennt man das (die Prostitution) bei uns eigentlich geheim?
- 3 Warum straft man bei den Dissidenten die Verwandten? (Indem man ihnen Auslandsreisen verweigert)
- 4 Sag nichts, mein Mund, dann tut mein Kopf nicht weh...